

Beate Landefeld:

## Thesen zu den Ursachen der Krise und zu ihrem Management

Referat auf der Bezirksvorstandstagung der DKP Ruhr-Westfalen am 30.11.2008

**Es gibt Ursachen, die im allgemeinen Charakter des kapitalistischen Systems liegen und solche, die in seiner gegenwärtigen historisch-politisch bedingten "Betriebsweise" zu suchen sind. Zunächst zu den allgemein systembedingten Ursachen:**

### **Wir sagen es oft: Der Kapitalismus ist ein krisenhaftes System. Warum?**

- Die Produktion wird gesellschaftlich betrieben - ihre Ergebnisse werden jedoch privat angeeignet. Dies ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus.
- Der Planung und Organisation der Arbeit im Betrieb (oder Konzern) steht, wie Marx sagt, die Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft gegenüber: dort soll der Markt regeln, wie das gesellschaftliche Arbeitsvermögen eingesetzt und verteilt wird.
- Nicht die Bedürfnisse der Menschen regeln die Verteilung der Arbeit, sondern die Jagd der Kapitalisten nach Profit und die Konkurrenz zwischen ihnen.
- Ergebnis ist: Es entstehen immer wieder Ungleichgewichte, überschüssige Kapazitäten, dort wo die höchsten Profite winken und Kapitalanleger anziehen.
- Das *Gleichgewicht* zwischen Produktion und Konsumtion wird durch zyklische Krisen hergestellt, in denen jedes Mal überschüssige Kapazitäten vernichtet werden. Das nennt die Wirtschaftspresse dann "Bereinigung", "Konsolidierung"; jede Krise führt so zur Kapitalvernichtung und treibt die Zentralisation des Eigentums weiter voran.

**Die gegenwärtige Finanzkrise ist aber nicht nur eine konjunkturelle Krise**, wie sie mit dem Auf und Ab von Konjunktur und Rezession etwa alle 10 Jahre vorkommt. Sie **beruht zugleich auf chronischen Ungleichgewichten** (Ungleichgewichten struktureller Art), die sich seit Mitte der 70er Jahre ansammeln:

- dem Ungleichgewicht zwischen Finanzsektor und "Realwirtschaft": private Finanzvermögen haben sich 1980-2005 mehr als verzehnfacht (von 12 Bio auf 140 Bio \$); das weltweite Bruttosozialprodukt hat sich zur gleichen Zeit nur verviereinhalbfacht (von 10 auf 45 Bio \$).  
**Die Gründe dafür sind:**
- Stagnation und Rückgang von Investitionen in die Produktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern,
- Ungleichgewichte in der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Vermögens durch neoliberale Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau, Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme,
- Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften der reichen Länder.

So ist die deutsche Volkswirtschaft einseitig auf andauernde Exportüberschüsse ausgerichtet. Ein Wachstum nur auf der Basis möglichst hoher Exporte, die nicht durch ebenso hohe Importe ausgeglichen werden, setzt aber voraus, dass immer genügend andere Länder bereit sind, sich zu verschulden. Diese Rolle ist in den letzten Jahrzehnten besonders den USA zugefallen, auch gegenüber Japan und China. Neben der schon lange anhaltenden Dollarabwertung waren, wenn man so will, auch die Verbriefungen von letztlich faulen Krediten Teil der Gelddruckmaschine, mit der das Konsumwachstum in den USA finanziert wurde.

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung prägt auch das **Verhalten der Banken**: Indem sie gute und schlechte verbrieft Kredite zusammen gepackt und an Investoren in aller Welt verkauft haben, glaubten sie, das Risiko breiter zu streuen - tatsächlich führte dies dazu, die Kenntnis der Risiken praktisch zu beseitigen. Das aktuelle **Bankenverhalten** ist ein gutes Beispiel für den Widerspruch zwischen Planung im Betrieb und Anarchie in der ganzen Gesellschaft, denn: Jede der Banken konnte *lange Zeit* mit den an den Markt weiter

gereichten Risiken hohe Profite machen; *heute* muss jede Bank von der anderen befürchten, dass sie zahlungsunfähig wird, weil irgendwo die Kreditkette reißt. **Betriebswirtschaftlich** gesehen handeln die einzelnen Banken, wenn sie anderen Banken kein Geld leihen, derzeit durchaus rational. Nur **gesamtwirtschaftlich** gesehen, handeln sie katastrophal.

Der Ausfall notleidender Kredite im US-Häusermarkt war nur der **Auslöser** der Krise. Es hätte auch irgendein anderer Anlass sein können.

Nun befanden wir uns ja 2006 und 2007 gerade im Aufschwung, und es fällt Frau Merkel immer noch schwer, sich von diesem schönen robusten Aufschwung zu trennen und der Gegenwart zu stellen. Die etwa 5% hohen Wachstumsraten der Weltwirtschaft in den Jahren vor der aktuellen Krise waren keineswegs ein Erfolg neoliberaler Kostensenkung zu Lasten der Löhne. Sie beruhten auf einem **Zusammenspiel dreier Faktoren**: dem durch Finanzblasen gesponserten US-Konsum auf Pump, der Öffnung von großen Schwellenländern, vor allem Chinas für ausländische Investitionen und seiner Entwicklung zu einem Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft und dem durch steigende Rohstoffpreise begünstigten, starken Wachstum in weiteren Schwellenländern, wie Brasilien, Venezuela, Russland, Südafrika oder auch den Golfstaaten.

Wenn nun mit den Finanzblasen eine dieser drei Säulen des Wachstums der letzten Jahrzehnte auf eine Weise geplatzt ist, von der sich die Weltwirtschaft nicht so schnell erholen wird, dann ist für die absehbare Zeit ein ganzes Wachstumsmodell der Weltwirtschaft ausrangiert, das sich seit Mitte der 70er Jahre nach und nach in allen kapitalistischen Ländern durchgesetzt hatte, das mit dem Begriff "Globalisierung" umschrieben wurde und dessen politische Seite der "Neoliberalismus" war. (Andere Bezeichnungen dafür sind: neoliberales Wachstumsmodell, finanzgetriebener Kapitalismus, finanzgetriebenes Akkumulationsregime). "Die neoliberale Blase ist geplatzt", wie auch der NRW-Ministerpräsident und selbst ernannte "Arbeiterführer" Rüttgers im Handelsblatt-Interview vom 20.10.2008 richtig feststellt.

Dieser Einsturz eines bestimmten Akkumulationsregimes ist zur Zeit mit dem konjunkturellen Abschwung der Weltwirtschaft verflochten und verstärkt diesen. Beides zusammen macht die gegenwärtige Entwicklung ziemlich unberechenbar und löst an den Börsen immer wieder panikartige Reaktionen aus.

Nun sind: Ausbeutung, Profitprinzip und der Zwang zur Konkurrenz objektive ökonomische Gesetze, nach denen das kapitalistische System funktioniert. Die Bourgeoisie ist Nutznießer dieser ökonomischen Gesetze, ist ihnen aber auch ausgeliefert. Sie ist treibende Kraft und wird zugleich getrieben. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus setzen sich im Handeln und durch das Handeln der Menschen um, durch Klassenhandeln.

**Historisch** diente die neoliberale Strategie den herrschenden Klassen der entwickelten kapitalistischen Länder als reaktionärer Ausweg aus der Überakkumulationskrise (Kapitalüberschuss-Krise) der 70er Jahre. Sie kam in nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten und stagnierendem Wachstum bei gleichzeitiger Inflation zum Ausdruck. Ein Ausweg aus der damit verbundenen „Profitklemme“ wurde in der verschärften Konkurrenz um Marktanteile auf dem Weltmarkt gesucht. Nach der Freigabe der Wechselkurse durch einseitige Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems durch die USA war Produktionsverlagerung auch wichtig, um sich gegen Kursschwankungen abzusichern, die die Exporte behinderten. Ein massiver Schub in der Internationalisierung der Produktion setzte ein, die „Globalisierung“. Politisch setzte sich Zug um Zug die Strategie des Neoliberalismus durch, die die Weltmarktorientierung flankierte.

Das Problem der chronischen Überakkumulation, das heißt, eines Kapitalüberschusses, der sich in der Produktion aus der Sicht der Kapitalisten nicht mehr ausreichend verwerten lässt, ist auch der Hintergrund für die Aufblähung des Finanzsektors. Der Kapitalüberschuss löste die hektische Suche nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten rund um den Globus aus. Ebenso ging hiervon der massive Druck auf Regierungen aus, durch Privatisierungen neue Anlagensphären zu schaffen.

Die neoliberale Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffnete in jedem einzelnen Nationalstaat Schritt für Schritt die Schleusen für Anlage suchende Kapitalströme aus dem In- und Ausland. Institutionelle Investoren aller Art und Aktionärs-Aktivisten bestimmten mit ihren Dividenden-Ansprüchen bald das Bild auch in den großen Industriekonzernen. Über den Konkurrenzmechanismus wirkten sie als „Profitabilitätsbeschleuniger“<sup>1</sup> im Interesse der gesamten herrschenden Klasse, keineswegs nur der Bank- oder Fondsmanager.

Um den Neoliberalismus als reaktionären Ausweg aus der Überakkumulationskrise der 70er Jahre politisch durchzusetzen, mußte in jedem Land der Widerstand der Arbeiterbewegung gebrochen werden. Erinnert sei hier an den Putsch von Pinochet 1973 in Chile gegen Allende und die ihm folgenden neoliberalen Wirtschaftsberater aus Chikago, die mit ihren Privatisierungen Chile zu einem Experimentierfeld machten. In den USA setzte Reagan 1981 ein Zeichen, indem er die Armee als Streikbrecher gegen 12 000 streikende Fluglotsen einsetzte. Erinnert sei auch an den einjährigen Bergarbeiterstreik 1984-1985 in Großbritannien unter der Regierung Thatcher, der mit einer Niederlage der Bergarbeiter endete. All diese schweren Niederlagen der Arbeiterklasse waren zugleich Weichenstellungen für die Durchsetzung des neoliberalen Umbaus.

In der BRD wurden die Gewerkschaften in den 90er Jahren auf allen Kanälen als reformunwillige Blockierer und Betonköpfe gebrandmarkt. Mit dem Übergang von SPD-Führung und Grünen auf den neoliberalen Kurs wurde er politisch durchsetzbar. Der Sozialwissenschaftler Ingo Schmidt interpretiert die Wendung von SPD-Führung und Grünen zum Neoliberalismus als einen Seitenwechsel sozialer Schichten: „An die Stelle wohlfahrtsstaatlicher Klassenkompromisse sind herrschende Blöcke aus neuen Mittelschichten und Finanzkapital getreten.“<sup>2</sup> Köder für die gutverdienenden Teile der Mittelschichten sei dabei die neoliberale Anti-Inflationspolitik gewesen. Angesichts „begrenzter Geldvermögen, deren Verwaltung und Anlage zudem vom hochkonzentrierten Finanzkapital kontrolliert wird,“ ist nach Schmidt die *ökonomische* Rolle der Mittelschichten dabei zweitrangig, „für die *Legitimierung* des Finanzmarktkapitalismus spielen sie dagegen eine wichtige Rolle.“<sup>3</sup>

Die Entfesselung des Finanzsektors ist also Ausdruck einer tiefer liegenden Machtverschiebung zu Gunsten der herrschenden Klasse und zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Das heißt, eines im Vergleich zu den 70er Jahren ungünstigeren Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen.

Dies hat **Folgen für die Art und Weise des Managements** dieser Krise!

**Auf der einen Seite** handelt es sich:

- um eine Krise des Kapitalismus im allgemeinen und
- des neoliberalen, allein durch Vermögenszuwachs getriebenen Wachstumsmodells im Besonderen:
- Deregulierung, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, "Privat vor Staat" sind gescheitert.
- Der Markt allein sollte es richten und, wie man sieht, hat er es gerichtet: Das Ergebnis ist, dass die Privatisierer selbst den Staat auf drastische Weise in die Wirtschaft zurück holen. Zunächst bei den Banken. Demnächst auch in angeschlagenen Industriezweigen, wie der Autoindustrie. "Vorübergehend" heißt es. Egal, ob das so kommt oder ob das nur ein frommer Wunsch der Bourgeoisie ist, deutlich wird: Der heutige Kapitalismus ist nach wie vor staatsmonopolistischer Kapitalismus. Er kann sich ohne das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft aufgrund der hohen Stufe der Vergesellschaftung nicht selbst reproduzieren.
- Daran zeigt sich zumindest **der Form nach**: die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion erfordert eine Vergesellschaftung auch des Eigentums. Im Grunde wäre der Sozialismus nötig!

1 Diesen Begriff benutzte der Deutschland-Chef der inzwischen pleite gegangenen US-Investmentbank Lehman Brothers in einem Interview mit dem TV-Wirtschaftssender Bloomberg.

2 Ingo Schmidt (Hrsg.), Spielarten des Neoliberalismus. Hamburg 2008, S. 13f.

3 Ebenda

### Auf der anderen Seite:

- fehlt der subjektive Faktor, die soziale Bewegung für den Sozialismus, aus vielschichtigen Gründen: nicht zuletzt, weil der bisherige real existierende Sozialismus in Europa gescheitert ist. (Darauf spielt Opel-Betriebsratschef Franz an, wenn er dem Vorschlag des Wirtschaftsweisen Bofinger, Opel zu verstaatlichen, mit den Worten begegnet: "Von einem VEB Opel halte ich wenig")
- Zugleich hat der neoliberale Durchmarsch der letzten Jahrzehnte die Arbeiterbewegung so weit geschwächt, dass es gegenwärtig nicht einmal nennenswerte Bewegung für Lösungen gibt, die zumindest geeignet wären, die Folgen der Krise für die arbeitende Bevölkerung abzumildern und eine andere Kapitalismusvariante, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, durchzusetzen. Das gilt zumindest für unser Land.
- Ob in den USA durch die Mobilisierung in der Wahlkampagne für Obama mehr Druck von unten da ist, muss sich erst noch zeigen. Bei uns wurden die Warnstreiks der IG Metall für die 8% trotz Kampfbereitschaft allzu schnell zu einem Kompromiss geführt. Sehr positiv ins Gewicht fällt auf der anderen Seite, dass die Mitarbeiter der Krankenhäuser ihre Aktionen für eine Erhöhung der staatlichen Krankenhausfinanzierung trotz Krise fortsetzen. Auch hier geht es um soziale Belange.
- Doch *insgesamt* bleibt die Richtung, in der Lösungen gesucht werden, bis jetzt denen überlassen, die den Karren gerade vor die Wand gefahren haben, und es nun, wie Herr Rüttgers, nicht gewesen sein wollen.
- Von ihnen ist nichts im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu erwarten. Sie werden bestrebt sein, die Lasten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.
- Bis jetzt zeichnet sich nicht einmal eine Lösung im Sinne einer kapitalistischen, relativen Stabilisierung der Lage ab. Dauer und Tiefe der Krise werden nach wie vor verdrängt. Augen zu und Hoffen, dass es schnell vorüber geht, ist die Devise. Prognosen müssen von Woche zu Woche nach unten korrigiert werden.
- Die Herrschenden spüren zum Teil durchaus, dass es sich um eine Krise des Systems handelt, und sind ein bisschen ins Flattern geraten. Selten wurde Marx so oft in der bürgerlichen Presse zitiert, wie im Oktober 2008.
- Doch das Interesse der herrschenden Klasse und ihrer Manager in Wirtschaft und Politik ist vor allem darauf gerichtet, möglichst viel an Vermögenswerten der Reichen zu retten, und den Markt durch staatliche von Mund zu Mund - Beatmung zu reanimieren, damit er wieder anspringt und das weitere Abschmelzen der Vermögenswerte stoppt;
- Rettungsschirme und Staatsgarantien für Banken sollen Zusammenbrüche begrenzen und den Geldfluss allmählich wieder in Gang bringen; Anzeichen, dass dies klappen wird, gibt es bisher keine;
- Subventionen für die Autoindustrie und "gezielte Konjunkturpakete" sollen die Rezession abmildern, die bei uns bis vor Kurzem noch als "Konjunkturdelle" verniedlicht wurde und von der man immer noch hofft, dass sie Mitte 2009 vorbei ist;
- "Schirme" wie "Pakete" sind als zeitlich begrenzte **"Notfallmaßnahmen"** gedacht:
- Gut ausgedrückt hat das Volker Schmieding, Chefvolkswirt der Bank of America: "Die Notfallmedizin ist nur für einen Patienten, der auf der Intensivstation liegt - ansonsten hätte sie schädliche Nebenwirkungen" (Handelsblatt 5.11.2008).
- Als in der BRD die Diskussion über "Konjunkturmaßnahmen" begann, sprach DGB-Chef Sommer in der ARD-Tagesschau erfreut von einem "Paradigmenwechsel", weil bis vor Kurzem Konjunkturprogramme unter Acht und Bann standen. Realität ist: im internationalen Vergleich erweist sich die Bundesregierung gerade in dieser Frage als Bremser.
- Man hat die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Banken gesichert mit einem Schirm fast so groß wie der der USA. Jetzt will man die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Exportindustrie dadurch sichern, dass man die Politik der Kostensenkung bei Löhnen und Sozialausgaben auf Biegen und Brechen durchhält. Das heißt: So wenig Konjunkturprogramm wie möglich. Nicht Stärkung des Binnenmarkts, sondern weiterhin einseitige Exportorientierung.
- Man will abwarten, dass die **Programme der anderen** zugunsten einer Ankurbelung der deutschen Exporte wirken: GB: 100 Mrd.€, USA: 2,5 Mrd. Arbeitsplätze, laut Obama-

Beratern ein Volumen von 700 Mrd.€, China: mit Provinzregierungen:1,2 Billionen €. Kommentar der französischen Zeitung *Challenges* zur BRD: "Angela Merkel bleibt auf ihrem Goldhaufen sitzen".<sup>4</sup> Kein Kompliment für die Pfarrerstochter!

Ein **Paradigmenwechsel** in dem Sinne, dass die künftige Wirtschaftsentwicklung von neoliberalen Blasen und Finanzjongleuren unabhängiger wird, würde eine völlige Umkehr der Verteilungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte erfordern:

- **die massive Umverteilung von oben nach unten**, Stärkung der Massenkaufkraft durch reale Lohnsteigerungen und kräftige Rentensteigerungen. Rückkehr zum Umlagesystem bei der Renten- und Sozialversicherung; Senkung der Mehrwertsteuer, Erhöhung von Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Kindergeld, Hartz IV;
- Milliardäre und Millionäre, die mit ihren Kapitalüberschüssen der letzten Jahrzehnte den Finanzsektor aufgebläht haben, müssten zur Finanzierung der Rettungsschirme heran gezogen werden; Porsche zog im abgelaufenen Geschäftsjahr 8 Mrd. € Gewinn, davon 7 Mrd. allein aus der VW-Beteiligung. Doch die VW-Autobank will mit anderen Autobanken die mögliche Inanspruchnahme des Rettungsschirms koordinieren!
- Statt in den Finanzsektor müssten Investitionen in das produzierende Gewerbe und in die Sanierung darnieder liegender öffentlicher Versorgungseinrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, Schienenverkehr, sowie in Energieeinsparung, erneuerbare Energien und dgl. gelenkt werden. Dazu wäre ein Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramm ganz anderer Dimension und Qualität nötig;
- Staatshilfen, Teilverstaatlichungen oder Verstaatlichungen von Banken, Autobanken und demnächst womöglich auch von Konzernen müssten mit Einfluss auf deren Geschäfte und Investitionen und mit der Ausweitung von Mitbestimmungsrechten und demokratischer Kontrolle durch Vertreter und Organisationen der arbeitenden Bevölkerung verbunden sein;

Die **Vertröstung** auf stärkere internationale Regulierung der Finanzmärkte ist wenig glaubwürdig. Sie verschiebt die Verantwortung nur auf eine höhere Ebene, von der aber, wie auch schon in der Vergangenheit, keine Zugeständnisse substantieller Art zu erwarten sind:

- Völlig suspekt ist zum Beispiel der Ruf, der IWF möge doch künftig mit mehr Vollmachten ausgestattet werden, um Krisen vorherzusagen und zu managen. Im IWF haben die USA und die EU das Sagen. Wir wissen aus früheren Krisen, wie der IWF mit Russland und mit kleineren verschuldeten Ländern umgesprungen ist, um sie auf den neoliberalen Kurs zu trimmen und werden dasselbe demnächst wieder am Beispiel Ungarns erleben. Dass die Schwellenländer skeptisch sind und auf eine Umverteilung der Macht im IWF drängen, ist legitim. Aber vor allem die USA sind nicht bereit, irgendwelche Regulierungsbefugnisse an internationale Gremien abzugeben. Die EU hat es trotz Binnenmarkt noch nicht einmal zu einer gemeinsamen *europäischen* Regulierung von Banken und Versicherungen gebracht.
- Die Nationalstaaten werden als "lender of last resort" (Geldverleiher der letzten Instanz) das letzte Wort behalten wollen und allenfalls zu einer Koordinierung bereit sein, wie bei den Rettungsschirmen. Dabei geht es darum, "Wettbewerbsverzerrungen" zu vermeiden, wie sie jetzt allenthalben drohen.
- Es geht bei der Regulierung auch um einen Wettkampf darum, welche Großbanken und welche Finanzplätze, aus dem Prozess der Konzentration und Zentralisation, den jede Krise voran treibt, als Gewinner hervorgehen. Allzu strenge Regulierung kann dabei schnell zu einem "Wettbewerbsnachteil" werden. (Vgl.: Die strengere Börsenaufsicht in den USA nach den Skandalen um Worldcom und Enron durch den Sarbanes/Oxley-Act 2002 nützte dem lascher regulierten Finanzplatz London.)
- Die Bundesregierung plädierte vor dem Weltfinanzgipfel von vornherein nur noch für eine bessere Koordinierung von IWF und Financial Stability Forum (G7-Gremium, das seit 1999! die Finanzmärkte beobachtet). Das Füllhorn der EU-Vorschläge zur Regulierung kam von Sarkozy. Merkel betätigte sich bei der Erarbeitung hauptsächlich als Bremse. Das hat sie nicht daran gehindert, im nachhinein vor laufenden Kameras zu verkünden, dass die

<sup>4</sup> "Citi und die Rettung vor dem schwarzen Loch", HB.com 25.11.2008

Umsetzung der 50 Vorschläge des Gipfels dafür sorgen würde, dass künftig "kein Institut, kein Finanzprodukt und kein Staat" unreguliert bleiben würde.<sup>5</sup>

Die Ergebnisse des Finanzgipfels wurden mehr oder weniger in den leeren Saal verkündet, da der künftige US-Präsident nicht teilnahm. Es handelt sich bis jetzt nur um Absichtserklärungen. Lafontaine hat in der Bundestagsdebatte vom 26.10. zu Recht darauf hingewiesen, dass die Taten der Bundesregierung sich seither in keinem Punkt geändert haben: Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedge-Fonds sind weiterhin erlaubt. Firmen von Steuer-Oasen können weiter agieren, wie bisher; usw.usf.

**Es ist klar, dass wirklicher Paradigmenwechsel nur denkbar wird, wenn die Bevölkerung, wenn die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Ländern aktiv für ihre eigenen Interessen eintreten und diese auch in der Krise durchzusetzen versuchen.**

Wird eine wirkliche Alternative zum neoliberalen Wachstumsregime nicht durchgesetzt, dann werden die herrschenden Klassen auf Kosten der Bevölkerung natürlich *auch* irgendwann wieder aus der Krise heraus kommen, aber nur, um den ganzen Kreislauf von vorne zu beginnen, und noch größere, künftige Crashes vorzubereiten. Denn die chronischen Ungleichgewichte werden dann **nicht** abgebaut. Wahrscheinlicher ist, dass sie dann sogar noch größer werden und damit auch die unterschwellige Panik an den Märkten aus immer geringerem Anlass ausgelöst werden und in offene Panik umschlagen kann.

**Das Thema bleibt uns also erhalten.**

---

5 Vgl. "Paris rüffelt Berlin" und "EU legt Marschroute für Finanzgipfel fest", Handelsblatt.com 7.11.2008